

B2

Und was bleibt dann noch? — Die einzige Möglichkeit eines Exports beruht auf Geldentwertung. Diese kann, damit sie nicht gegen die Konjunktur umschlägt, bis höchstens zu einem Dollarstand von 90.000 Mark hinangetrieben werden. Darüber hinaus wird eine Unterbietung der Auslandspreise unmöglich sein. Schon heute haben wir uns mit Riesenschnitten den Weltmarktpreisen genähert und mit jeder weiteren Konjunktur drängt sich die Spannung zwischen Weltmarkts- und Inlandspreisen immer mehr zusammen, so daß die Absatzmöglichkeiten für die deutsche Industrie immer geringer werden. Das deutsche Kapital sieht das kommen, und geht heute nicht mehr auf dem früheren Wege, die Exportdevisen, die ihm aus den Auslandsverkäufen zufließen, wieder in Rohstoffen anzulegen. Es flüchtet sich, in die Devisen. Anstatt Rohstoffe nimmt es jetzt Valutawerte ohne jede Verzinsung an, denn die Inlandspreise sind so, daß eine bedeutende Verbilligung gegenüber den Auslandspreisen nicht zu erwarten steht. Zu dem verschärfen die außerdeutschen Länder ihre Hochschutzzölle immer mehr. Weil das deutsche Kapital nicht mehr an eine Konjunktur glaubt, und Deutschlands Ausverkauf will, haben wir jetzt seit Kriegsbeginn den größten und stärksten Ausverkauf Deutschlands, der sich denken läßt. Dies ist bisher viel zu wenig beachtet worden. Woher kommen die enormen Ankäufe an der Börse, trotzdem die Kredite von den Banken immer mehr einschränkt werden? Weil das Kapital nichts mehr für neue Rohstoffe ausibt und sich sagt, da wir hier nichts mehr zu erwarten haben, ist es das beste, es wird so schnell wie möglich Schaff gemacht. Hier gibt es kein Halten mehr. Man wird noch verarbeiten, was da ist, und dann werden Betriebe stilllegen. Dieser ungeheure Ausverkauf, der mit einer starken Kapitalflucht nach den Auslands verbunden wird, dem deutschen Proletariat nur enorme Schwierigkeiten machen, wenn es zur Überwindung der Macht gelangen sollte. Man muß sich darüber klar sein, daß hier das deutsche Kapital bewußt jeder Entwicklungsmöglichkeit einer proletarischen Wirtschaft entgegenarbeitet. Da nach Erschöpfung der Geldentwertung der Absatz aufhören würde, müßte sich das deutsche Kapital die Erfahrungen Deutsch-Oesterreichs zunutze, indem es sich, keine Rohstofflager, sondern einfach Devisen zulegt. Es schützt sich so vor den Folgen der Markkatastrophe, die im schärfsten Ausmaße zu befürchten ist, und am stärksten über das Proletariat im unbesetzten Gebiet hereinbrechen wird. Ob man der deutschen Republik dann eine Völkerverbandelnde wie Oesterreich gewähren wird, ist äußerst zweifelhaft. Wenn man Frankreich schon das Ruhrgebiet schlucken ließ und damit kundtat, daß man keine Macht habe, eine Verstärkung der französischen Macht zu hindern, wird man kein Gewicht mehr darauf legen, wem das Restgebiet anheim fällt; es lohnt sich nicht mehr, und würde in sich verhungern zusammenbrechen.

Während im Krieges scheiterten alle Versuche zur Wiederherstellung der II. Internationale.

Mit der Niederlage der Zentralmächte wurde die Situation für die Sozialdemokratie in Europa noch um ein Jota von der Nachkriegsspolitik ihrer Bourgeoisien abzurücken, schuf doch die Nachkriegssituation die objektive Möglichkeit für die Verwirklichung einer internationalen Organisation der Arbeiterparteien. Die Niederlage der Zentralmächte, die Revolution in Deutschland und in Oesterreich, die gleichzeitige Oktoberrevolution in Rußland, die international herrschende revolutionäre Demoralisierung, die Abkehr der Sozialdemokratie von der nationalen Politik der Sozialdemokraten, und der Reformismus die objektive Basis für seine internationale Organisation.

Drei Monate nach Ausbruch der deutschen Revolution fand die erste von Henderson und Hyman einberufene internationale Konferenz in Bern statt, welche vom 3. bis 10. Februar 1918 stattfand. An der Konferenz nahmen 16 Parteien teil. Nicht erschienen waren die Bolschewiki, die sozialistische Parteien der Schweiz, Serbiens, Rumäniens, die auf dem Boden des Zimmerwald-Kongresses standen. Die deutschen Sozialdemokraten hatten zu diesem Kongreß ihre Vertreter entsandt. Die belgischen Sozialisten leihnten eine Beteiligung an dieser Konferenz ab, weil sie sich mit den deutschen Sozialisten nicht verständigen konnten. Ebenfalls die amerikanischen Sozialisten nicht erschienen. Aus Amerika kamen Delegierte der Unabhängigen Sozialistenpartei. Die Konferenz begann damit, daß die Sozialisten der verschiedenen Länder über die Schuldfraße verhandelten. Sie forderten den Anschluß der am Kriege Mitschuldigenden an die Internationale. Der Antrag war natürlich gegen die deutschen Sozialdemokraten gerichtet. Die Sozialdemokraten folgten dem Antrag.

Der oberschlesische Streik hat sich auf den Gleiwitzer Bezirk ausgedehnt, es stehen jetzt über 80 000 Arbeiter im Ausstand.

[illegible]

Vom 1. bis 10. August 1919 fand wiederum ein Ke-
nizer Saal. An demselben nahmen zum letzten Mal
deutschen Unabhängigen und die österreichischen Sozial-
demokraten teil. Am 10. August 1919 wurde der
Friedensvertrag zur internationalen Situation des
wichtigsten Stellen der diesbezüglichen Resolution lau-
te. Die Konferenz begrüßt es mit Freuden, daß eine
Friede unterzeichnet ist, bedeutet aber, daß die durch
Kussler herbeigeführt wurde. Die Konferenz be-
trachtet die neue internationale Situation als eine
neuen internationalen Ungerechtigkeiten, zumal
es sich gewissens Kinsch der Verträge ergeben.
aber nicht, daß die neue Konferenz der
nationalen nicht, daß die nationalischen Kriegs-
durch die Unterzeichnung der Verträge zu lösen
die Völker hören auf, von der brutalen Waffengewalt

[illegible]

des, daß die Friedens-
kräfte die geeigneten Gründer-
" betrachtet und
von der Ver-
von der Reso-
lution verlan-
gen, daß die Reso-
lution 25. Internationale, stellt
die Friedensverträge von
1919 und 1920 in
denen und auf-
zu Karlsru-
in Sozialdemokraten er-
nen, die Kon-
ferenzen zu-
rücken kom-
men. Im Mit-
telpunkt
Kriegsgeschichte
der letzten
Dreißig Jahre
des Verhal-
tens der Er-
de und sie kann sich
nicht als ein
nachdem die
Welt aus dem
Verhältnis über
eigene

Durch dieses System, Stundenzahl 1300 mark im Altkord, ist die Belegschaft der Verzeilung nahe – In der Belegschaft von 26-100 Personen, die Belegschaft hat keine definitive Forderungen, die diese schule der würdige Heilung, indem er überhaupt gar nicht reagiert.

Hierauf erklärte der Gen. DL Vater von fünf Kindern und drei Enkelkindern, mit schweren Lungenleiden, wegen nicht erhaltenen Lohn für Arbeit für beschlagnahmte das schlug dem Fall den Boden aus.

Der Betriebsleiter (ein scheidender Bauer klingelte. Es erzählte mir ein Zeiger: "Warum kommen Sie nicht heraus, wenn ich Ihnen eine kleine Summe Geld gebe, damit Sie nicht an dieser Arbeit?" Schumann kommt mehrmals."

Um 11 Uhr vormittags erklärte der Betriebsleiter den Belegschaft für geschlossen. Die Belegschaft laut und deutlich: "Danke, wir sind hier, um zu arbeiten." Der Betriebsleiter übernahm die Ausgabe der Arbeit und bedient die Kundschaft nach drei Stunden. Wie leuchteten die Augen, wie rasselte

Textilindustrie aus. Der deutsche Textilarbeiter-Verband zählte im April 47. Prozarbeitlose und 515 Kurzarbeiter. Die Textilfabriken haben sich zu einer Konzentration der die Freude, daß sie ihnen immer vorrechnen, daß sie von ihnen immer auf der Straße liegen. Verloßt man aber die Quartalsabschlüsse, so stellt sich allerdings regelmäßig heraus, daß die Statistiken sehr stark hinken. Sie sind stets zu günstig für die Arbeitgeber als die Wirklichkeit. Man muß dazu kommen.

Je mehr die Hungerstreiks und Verzweiflungskräfte lodern, desto radikaler gebärden sich die Gewerkschaften in ihrer Presse und die hinter ihnen stehende Sozialdemokratie. In Berlin und Moskau Richtung: Stimmespreng, Ministerpräsident, Sozialdemokratische Partei Deutschlands, über „die Notwendigkeit der Anpassung der Löhne an die Preise.“ Die Herrschaften wissen sich darin einig, daß eine entsprechende „Loherhöhung“ auf des Proletariat immer einen Wertungsgewinn bringt. Und wenn die Arbeiter ihre Lohnsteigerung um 50 bis 60 Proz. wälzt plötzlich die Preis um 70 bis 80 Proz. hinauf und wenn die Proletariat ihr „höheren“ Löhne nach 10 bis 14 Tagen bekommen, werden auch die Preise um 10 bis 15 Proz. angehoben. Das heißt, wenn weniger sind, als vordem. Das wissen die Proletariat sehr gut, aber die Gewerkschaften „verhandeln“ dann auch schon wieder um die nächste „Loherhöhung“. Uwe. Je stärker die Arbeiterkapital, die Markt und damit die Löhne entwertet um wieder den alten Standpunkt zu bringen. Die sozialdemokratischen und Gewerkschaftspresse immer die Rufe nach „Anpassung der Löhne an die Teuerung“, folgen ist das Kapital gezwungen, den Dollar täglich nur tausendtausend Mark zu zahlen. Und wenn die Gewerkschaften die Proletariat vorzunehmen und die Gewerkschaftsdiziplin die Brüche zu gehen droht, dann kommen die um ihre Machtpositionen und Ruheposten besorgten hohen und höchsten Gewerkschaftsführer, die sich nicht scheuen in der Presse immer ihre „Theorie“ von den „Goldlöhnen“ oder „werbeständigen Löhnen“.

In 25 des Vorwärts macht Herr Dr. Hirsch, früherer Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium, den Proletariat klar, daß es sich nicht lohnt, die Löhne zu erhöhen. Er macht hat und daß eine richtige Marktsitzung... na, natürlich! weiß ja, nur die Sozialdemokratie machen kann, wenn —

Das deutsche Kapital hat jetzt durch seine Regierung die rechte Note abschicken lassen, und es bedeutet das Spiel so weiter fortzusetzen, als das deutsche Proletariat sich eben da- rauf über die Ohren ziehen läßt. Damit sich keiner irgend- was denken sollte, hat die deutsche Regierung die erste Note im stillen der deutschen Schweineindustrie, läßt Herr Stünnes die- selbe DAZ. verkünden, was los ist. Dort wird man sich wohl wissen getan:

Die lange und auch im Ausland mit Spannung erwartete zweite Note der deutschen Regierung ist erschienen, und es stellt sich heraus, daß sie im Grunde keine neue, sondern eine Wiederholung der ersten Note. Was nun an ihr ist, das Einzelheiten, Details über Ausführung der Note und über die von Deutschland übernommenen Leistungen. Die Regierung behauptet, daß die erste Note ein Stück nicht als Note, sondern als Memorandum.

Diese Form begünstigt vor. Sie war im Grunde die einzig- mögliche. Es konnte ernstlich keine Rede davon sein, daß Deutschland von uns Abtrüden das es in der Majorität der deutschen Bevölkerung ist, die die deutsche Regierung hinausjagt. Die Regierung stellt zu ihrem Vor- und hat sich weder durch heilige Drohungen, noch durch sogenannte rote Ratschläge vom Ausland her beeinflussen lassen.

Aus der Partei

Die Funktionäre Groß-Hamburgs zur Taktik

Hamburg-Altona sendet uns folgende Entscheidung: Die Vertrauensleute der Partei und Union von Hamburg und Altona lassen ihren Standpunkt über die strittigen Fragen der Taktik nach allgemeiner Aussprache mit den Bezirksarbeitsausschüssen beider Organisationen einmütig dahingehend zusammenfassen:

1. Die Auffassung der Wirtschaftsbereiche Rheinland-Westfalen und Südwest wird in ihren wesentlichen Gesichtspunkten zugebilligt, denn sie ist die einzig mögliche Konsequenz aus der Liquidierung der Essener Richtung.

2. Der Standpunkt der Berliner Organisation — soweit er in „Kampfruf“ und „Kaz.“ vertreten wird — vermag sich nicht auf den wirklichen Lauf der proletarischen Revolution zu stützen. Er enthält nicht nur keine gefährlichste Passivität, sondern auch die Anfänge einer Theorie des Verrats an den Kämpfen der Arbeiterklasse.

3. In allen Kurven der Revolution ist und bleibt die Solidarität der revolutionären Organisationen mit kämpfenden Proletariatsmassen das höchste Gebot revolutionärer Taktik. Solidarisch sein heißt hier nicht, daß Union und Partei unter dem Zwange der Umstände mit den Wölfen zu heulen haben, sondern bedeutet, daß beide Organisationen verpflichtet sind, in alle Kämpfe der Arbeiterklasse mit allen Kräften unter den Losungen der Revolution aktiv einzutreten.

4. Aus dem langsame Gang der proletarischen Revolution ist in den letzten Jahren schon zu verschiedenen Malen eine Theorie, die sich auf „weite Sicht“ einstellt, geboren worden. Auch die Berliner Auffassung ist nur ein Niederschlag der Schwäche und Mangelhaftigkeit der deutschen Arbeiterklasse. Sie verschiebt das Schwergewicht der revolutionären Arbeit auf die Propaganda und vergißt ganz, daß das Proletariat nur durch Klassenkämpfe zu Selbstbewusstsein und wiederum durch Selbstbewusstsein zu neuen Taten kommen kann. Die Selbstbewusstseinsentwicklung des Proletariats ist eine Kette ununterbrochener Kämpfe. Diese Kämpfe, wie immer ihr Ausgangspunkt und ihre jeweilige Peripherie sein mag, sind der Mutterboden der proletarischen Revolution. Sowohl Anzeichen von Gründlichkeit und Weiblichkeit, die Berliner Auffassung auch gehen mag, sie hat die Lösung unserer Organisationen von den Kämpfen der Arbeiterklasse unvermeidlich zur Folge und macht die Revolution damit von einer Frage des Klassenkampfes zur Angelegenheit der Theorie.

5. Wir fordern die Wirtschaftsbereiche und Ortsgruppen der Union und Partei im Reich auf, zu den strittigen Fragen unverzüglich klare Stellung zu nehmen und uns zu unterstützen in dem Antrag, daß auf schnellstem Wege eine Zentralschulung der Partei stattfinden soll, die die allgemeine Linie revolutionärer Taktik auf neue eindeutig bestimmt.

Der Standpunkt der Berliner Mitgliedschaft beider Organisationen und die Antwort auf den in dieser Entscheidung enthaltenen Vorwurf geben wir weiter unten wieder und bezeichnen uns mit einer kurzen Bemerkung.

Die Hamburger Ortsgruppe hat anlässlich der Debatten mit der Essener Richtung gegen die im „Klassenkampf“ vertretene reformistische Auffassung als erste Stellung genommen. In ihrer Entscheidung zur Taktik sowohl, als auch durch ihre Delegation auf der Reichskonferenz, und gegen die Berliner Organisation den Vorwurf der stillschweigenden Duldung sichtbarer „Keime“ dieser reformistischen Tendenz erhoben. Ob diese Gründlichkeit eine nur scheinbare war, können wir nicht untersuchen. Wir müssen jedoch bemerken, daß die damalige Stellungnahme gegen diese oben verteidigten Tendenzen mehr Anspruch auf Gründlichkeit erheben konnte, als der gegen die Berliner Organisation ausgesprochene Vorwurf des „Arbeitsverrats“. Daß das Proletariat nur durch Taten zu neuen Selbstbewusstsein kommen kann, ist eine Weisheit, die eben so alt, wie das Eingreifen in die Kämpfe des Proletariats eine Selbstverständlichkeit ist, und wir dies bei den uns tadelnden Genossen schmerzlich vermissen. Selbstverständlich unter revolutionären Losungen. Es hat sich bis jetzt immer gezeigt, wieviel die Berliner Partei für unsere Lösungen zu haben ist. Eine Aktivität unter Vertagung unserer Prinzipien lediglich um der Aktivität willen vermag sich wohl auf die jeweilige Ideologie des Proletariats zu stützen, aber nicht auf unser Programm, dieses ist die einzig mögliche Konsequenz der Liquidierung der KPD. Daß nach Meinung der Hamburger Genossen die Frage des proletarischen Klassenkampfes keine Frage der Theorie sein soll, wie ja auch umgekehrt Theorie zu erwonnene Praxis sein, und die Erfahrungen der Revolution zur Basis haben muß, setzt uns zwar etwas in Erstaunen, ist jedoch sehr wenig überzeugend, wie wir Argumente gegen unsere Auffassung vergeblich suchen, es sei denn, daß die Liquidierung der Essener Richtung logischerweise ins reformistische Lager führen soll.

Wir haben jedoch keine Veranlassung, die Debatte zwischen Syndikalismus und Kommunismus, um die es sich mit den „Essenern“ handelte, von neuem zu eröffnen. Wir wünschen vielmehr, daß das Dringlichste, das so rasch wie möglich Klarheit geschaffen wird, die Wirtschaftsbereiche jedoch vorher gründlich und objektiv zu den aufgeworfenen Fragen Stellung zu nehmen haben.

Kombinierte Mitgliederversammlung der KAPD. und AAU Groß-Berlin

Eine am Mittwoch, den 6. Juni tagende Mitgliederversammlung beider Organisationen beschäftigte sich mit der politischen Lage und den uns erwachenden Aufgaben. Nach eingehender Diskussion in den Unterberatern wurden nochmals grundlegend in einem ausführlichen Referat die Aufgaben von Partei und Union in der heutigen Situation dargelegt, und an die vergangenen Wochen und Monate die kritische Sonde angelegt. Die Auffassung über unsere Tätigkeit war eine geschlossene. Diese Geschlossenheit dürfte nicht zuletzt das Resultat angestrengtester Tätigkeit beider Organisationen im Bezirk Brandenburg und — soweit die Kräfte ausreichen — auch im übrigen Reich sein. Die KAPD. und AAU. Groß-Berlin leben im Berliner Proletariat, und haben sich bereits im Proletariat die Basis geschaffen, die eine gewisse Garantie dafür bietet, daß im gegebenen Moment Partei und Union in der Lage sind, ihr Gewicht zu Gunsten des Proletariats in die Waagschale zu werfen. Unsere Aufgaben — darüber herrscht Einstimmigkeit — sind klar und eindeutig: Wir müssen in unserer zähen Arbeit fortfahren, allen Schwierigkeiten zum Trotz, bis der Moment kommt, wo der sich verschärfende Druck der auf dem Proletariat lastet, dem Proletariat zum Bewusstsein kommt, und das Proletariat den Kampf unter unseren Losungen aufnimmt. Dieser Grundsatz gilt für alle politischen Erscheinungen und Bewegungen, als die einzig mögliche und notwendige revolutionäre Arbeit. Bedingung, diese und

bei Ausübung von revolutionären Kämpfen weiter sich erhebenden Aufgaben zu erfüllen ist allerdings die Schaffung einer Organisation, die nicht alle Kräfte selbst verschlingt, sondern in der Lage ist, als Hebel und Geburtshelfer für die Selbstbewusstseinsentwicklung des Proletariats zu wirken. Dem RAA. der Union wurde die für die Propaganda notwendigen Mittel bewilligt, da aus dem Reich die beschlossenen Pflichtbeiträge recht spärlich einliefen. Die Berliner Genossen sind weit entfernt, die Schwierigkeiten im Reich zu unterschätzen, wenigstens die Opfer, die sie zu bringen haben, das Höchste an Opferwilligkeit verlangend.

Unangenehm berührt waren natürlich die Berliner Genossen von dem von einigen Bezirken im Reich erhobenen Vorwurf der Passivität und des „Arbeitsverrats“, angesichts der Tatsache, daß die Mitgliedschaft Berlins durch ihre Tätigkeit in allen Situationen zuerst den richtigen Weg fand, und oft recht lange auf vorgeschobenem Posten kämpfte, ehe die Bezirke im Reich sich entschließen konnten. Und wie früher die Berliner Organisation subordi den schwer erklämpften Weg weiter ging in dem Bewußtsein, daß er wohl überlegt und notwendig war, so konnte sie dieser Vorwurf auch hier nicht aus dem Gletsch bringen, noch dazu, daß jede Begründung fehlt.

Die von ca. 600 Genossen und Genossinnen besuchte Versammlung beschloß gegen neun Stimmen (die Genossen stimmten nicht aus Prinzip dagegen, sondern wollten durch eine Verhütung der Abstimmung überhaupt nur eine Verschärfung der Gegensätze vermeiden) folgende Resolution:

„Die kombinierte Mitgliederversammlung der KAPD. und AAU. Groß-Berlin weist den Vorwurf der Passivität und Abweichung von den programmatischen Grundsätzen der KAPD. und AAU. entschieden zurück. Ihre Anstrengungen in allen Bewegungen des Proletariats, diese Bewegungen über den reformistischen Ränkel zu erheben, beweisen zur Genüge ihre Aktivität und Tatkraft. Ein aktives Eingreifen in diese Bewegungen läßt sich nicht nur von unseren Willen, sondern auch von dem Charakter und Inhalt der Bewegungen des Proletariats ab. Eine organisatorische Vorwahnahme einer nicht gegebenen Situation bedeutet jedoch keine Störung, sondern eine Hemmung des zur Revolution notwendigen Klassenbewusstseins.“

Aus diesem Grunde lehnt die Mitgliedschaft Groß-Berlins die Tätigkeit des Bezirks Süd-West als unvereinbar mit den Grundsätzen und Beschlüssen zur Taktik der Partei und Union ab. Sie erblickt darin nicht eine Zerstörung der reformistischen Ideologie, sondern eine Stärkung derselben. Sie fordert die Wirtschaftsbereiche auf, alle Kräfte zu mobilisieren, um Partei und Union in die Lage zu versetzen, der Passivität im Proletariat erfolgreich entgegenzuwirken, was nur geschehen kann unter Wahrung und Hochhaltung unserer revolutionären Losungen und Taten.

Aus diesem Grunde lehnt die Mitgliedschaft Groß-Berlins die Haltung der Delegierten auf der Reichskonferenz sowohl, als auch den in unserer Presse vertretenen Standpunkt.“

An die Wirtschaftsbereiche

Die letzte Zentralschulung hat sich dahin ausgesprochen, daß die nächste Reichssitzung der Partei ein Parteitag sein soll, und daß dieser einberufen werden soll, wenn der Programmrat vorliegt. Die Arbeiten der Programmkommission sind jetzt zu einem gewissen Abschluß gelangt, so daß in der nächsten Woche mit der Veröffentlichung des Programmwortes in der „Kaz.“ begonnen werden kann. Um penigend Zeit zur Diskussion zu lassen, berufen wir zum 9. Sept. einen Parteitag ein. Den Bezirksleitungen geht neuere Nachricht noch zu, die Frage der Taktik hängt mit dem Programm eng zusammen und beide Fragen müssen zusammen beraten werden. Wir glauben daher, daß sich die Angelegenheit der Funktionäre Hamburgs, eine Zentralschulung einzufordern, erörtern lassen. Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands. (Gesch. Hauptausschuß.)

Alle Gelder für den geschäftl. Hauptausschuß der KAPD. sind auf: Postcheckkonto Berlin NW, Nr. 138 925 einzuzahlen.

Der Richtsatz (Bezirk Groß-Berlin) für Monat Juni beträgt 3000 Mark.

Geschäftl. Hauptausschuß.

Kassierer.

Aus der Jugendbewegung

Reiseentscheidung der NAI in Fürstentum a. d. Spruce

Zu Sonnabend, den 2. Juni hatte die KAJ. Fürstentum zu einer öffentlichen Versammlung auf dem Marktplatz aufgerufen. Das Thema lautete: „Die Auflösung Deutschlands.“ Der Vortrag des Referenten wurde durch die Markierung neuerlich eingetretene ungeheure Verleumdung des Proletariats hat unter demselben eine mächtige Erregung hervorgerufen. Als nun noch die bürgerliche Presse schrieb: Die Kommunisten planen am Sonnabend eine Aktion gegen die Feuerung, so hatten sich tausende von jugendlichen und erwachsenen Arbeitern eingefunden. Um 6 Uhr rückten die Fürstentum und einige Berliner Genossen mit Gesang an, während bereits drei bis vierhundert Arbeiter den großen Platz füllten.

Der erste Jugendgenosse schilderte die Auflösung Deutschlands, zeigte, daß es nur einen Ausweg gibt, die Zerstörung des bürgerlichen Staates, die proletarische Revolution. Ruhe hielten, daß es in der heutigen kapitalistischen Gesellschaft nicht mehr Brot für die Arbeiter gibt, daß nur ein Ausweg offen bleibt: Revolution oder Hungertod. Die Aufzeichnung des Verrats der Gewerkschaften, von Gewerkschaftsbeamten mit der Waffe in der Hand, vor den Augen in Dortmund gegen die Arbeiter kämpften, löste laute Pfuißare aus, und begeistert stimmten die Massen zu, als der Referent aufrief, die konterrevolutionären Zwangsorganisationen, die Gewerkschaften zu verlassen, sich im Produktionsprozess zur Überwindung der Betriebe zu organisieren. Mit Hochrufen auf den kompromiß-

4. Jahrg. Nr. 45

Preis 300 Mk.

Die vollzählige erscheinende KPD. sowie KJ. wagen es nicht, auch einen Wort der Verteidigung vorzubringen, als unser Referent ihre konterrevolutionäre Politik klarlegte, und den Schwund von Arbeiterregierung und Hundstschaffen aufdeckte.

Jetzt heißt es für unsere Genossen überall die Massen aufzurufen und sie vorzubereiten auf die entscheidenden Kämpfe. Sollen die Proletarier nicht untergehen, dann heißt es mit aller Macht die organisierte Konterrevolution bis zur KPD. zu zerstören.

Gruppenkassierer von Britz, Osten, Stralau, Norden und Köpenick, müssen 1/2 Uhr mit sämtlichen Kassierern am Ostbahnhof D. erscheinen.

Gruppe Norden: Mittwoch, den 13. Juni 1923, Schule Böttcherstr. 17. Vortrag: Die kapitalistische Weltwirtschaft. KAJ. Neukölln. Mittwoch, den 13. Juni 1923 im Jugendheim, Kaiser-Friedrich-Str. 4. Unions-Genossen schicken eure Kinder.

Gruppe Britz: Offentl. Gruppenabende jeden Donnerstag im Heim, Britz, Rathaus, Chausseest. 40. 7. Juni: Kommunistisches Manifest.

14. Juni Fortsetzung von 7. 6.

28. Juni: Kernpunkte der materialistischen Geschichtsauffassung. (Ref. Genosse Michaelis.)

8. Juli: Aufgaben des Jungproletariats nach Übernahme der Macht.

Jeden Dienstag bei Krüger, Britz, Jahn-Str. 23. Geschlossene Gruppenabende — Organisationsarbeit.

Gruppe Charlottenburg: Mittwoch, den 13. Juni 1923 im Jugendheim, Wallstr. 76. Max Hiltz, seine Taktik, und Stellung der revolutionären Jugend.

Gruppe Osten: Mittwoch, den 13. Juni 1923, Luxemburg-Abend, bei Ostrowski, Dirschauer Str. 13.

Gruppensitzungen und Betriebsabende. Montag, den 11. Juni: Jugendheim, Ostbahnhof 17.

Ausland

Die Krise des Faschismus in Italien

Mussolini steckt seine Parteifreunde ins Loch. EP. Mailand, 8. Juni. Einiges Aufsehen erregt in Mailand die plötzliche Verhaftung des Majors Basaggio und mehrerer anderer Mitglieder der faschistischen Bewegung, die erst vor einiger Zeit wegen Meinungsverschiedenheit aus der Partei ausgetreten mußten. Unter den Verhafteten befindet sich ein ehemaliger Angestellter des „Popolo d'Italia“ und Freund des Ministerpräsidenten. Sie hielten oft geheime Versammlungen ab und entfalteten eine der Regierungspolitik widersprechende Propaganda. Das Vorgehen Mussolinis wurde von ihnen kritisiert und behauptet, der Faschismus sei entstanden, um die Reaktion zu diktieren zu verwickeln. Später habe er diese Ideale verraten, um sich auf die Monarchie zu stützen. Mit der neuen Bewegung wollte man vom Ministerpräsidenten die Rückkehr zum republikanischen Ideal verlangen und erhob für den Weigerungsfall auch Drohungen. Da die Bewegung Verzweigungen in anderen Städten haben soll, wurden auch in Rom Hausdurchsuchungen vorgenommen. Die Verhafteten wurden ins Gefängnis abgeführt und wegen Verschwörung gegen den Staat angeklagt. In Ferrara ist bei dem früheren Abgeordneten Gestelli eine Hausdurchsuchung vorgenommen worden. Gestelli wurde zur näheren Aufklärung nach Mailand überführt. Es wurden Statuten und Programme für die Gründung einer neuen nationalen Bewegung vorgefunden, deren Sitz in Mailand war.

Mitteilungen

8. Bezirk. Parteiversammlung Freitag, den 15. Juni, bis auf weiteres im Lokal Jahn, Zeughausstraße Ecke Skaltzerstraße. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

Groß-Hamburg.

Nächste Versammlungen: Bezirk Eppendorf: Am folgenden Dienstag, abends 8 Uhr, Lokal Wittkop, Wohlsdorfer Str. 33; 19. Juni, 3. Juli. Bezirk Hammerbrook: Am folgenden Donnerstag, abends 8 Uhr, Lokal Wendelhalde, Wendenstraße 72; 28. Juni. Literatur und Kaz. stets zu haben: Gustav Lanfeldt, Barmbeck, Kithnerort 54, 1.

Altona.

Jeden ersten und dritten Dienstag im Monat gemeinsame Mitgliederversammlung der KAP. und Allgem. Arbeiter-Union bei Behrens, Konradstr. 9.

Präsident.

Von Preuck, Berlin 700; von Wörten 13 400; von FFB. 11 600; von Truckas 2000; von Teichert 220; vom 16. Unterbez. 10 000; von Ungenannt, Britz 2000; von Bez. Halle 2500; vom Wirtschaftsbez. Rheinl.-Westf. 15 000; von Gen. Batsphal 300.

Alle sozialistische, kommunistische und schlingelstige Literatur besorgt und liefert Verlag der KAPD., Berlin NO., Landsberger Straße 6.

Wir kaufen antiquarische sozialist. Bücher.

Bestellschein:

Der Unterzeichnte bestellt hiermit die „Kommunistische Arbeiter-Zeitung“ Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands.

Abonnementspreis für die erste Juni-Hälfte 1200.—

Durch die Post für die erste Juni-Hälfte 1400.—

Name: _____

Ort: _____ Str. _____ Nr. _____

Quergeb.: _____ Hinterh.: _____ Vorderh.: _____

Dieser Bestellschein bitten wir an den Verlag der „KAZ“, Berlin NO 18, Landsberger Straße 6, im offenen Kuvert als „Drucksache“ mit 20 Mark frankiert, einzusenden.

Verantwortlicher Redakteur: Arthur Kloss, Redakt. — Verlag der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands. — Inhaber: Emil Behrhorst, Charlottenburg. — Druck: W. 16444, Berlin O 17

4. Jahrg. Nr. 45

Preis 300 Mk.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg.

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen, im Stevenson-Verlag, bei allen Postanstalten und durch den Verlag der K.A.P.D., Berlin NO 18, Landsberger-Straße 6. Redaktion u. Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Str. 6. Geöffnet täglich von 9—12 und 1—4 Uhr. Sonntags geschlossen. Postcheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 40029. Abonnementspreis für die erste Juni-Hälfte 1200 Mk. Einzel-Exemplare erste Juni-Hälfte, durch die Post innerhalb Deutschlands und Oesterreich, 1400 Mark. Nach dem übrigen Ausland 8000 Mark monatlich.

Eine Tragikomödie

Eine andere Bezeichnung für das Theater derer, die da aktiv an der Leitung der „Nation“ beteiligt sind, oder danach streben, „die Geschichte der Nation“ in die Hand zu nehmen, würde nicht das sagen, was ist. Die Geschichte hängt noch gerade zu am Komisch zu werden. Und wer verurteilt ist, den Mist, der in den Zeitungen abgeladen wird durchzukramen, und die Krampfhaftigkeit, Oberflächlichkeit und Dummfremtheit beobachtet, mit denen man ganz einfache Dinge zu verschleiern sucht, der kann sich das Eindrücken nicht erwehren, daß ausgerechnet die allerdingsten Menschen die Weltgeschichte machen wollen, und in gewisser Beziehung tatsächlich machen. Wir betonen natürlich (von wegen dem „Gesetz zum Schutz der Republik“), daß wir dies nicht im beleidigendem, sondern im rein objektiven Sinne meinen.

Es steht nämlich jetzt überall die Weisheit groß und breit geschrieben, daß man sich „zusammensetzen, versammeln, miteinander sprechen“ soll usw. Nicht etwa deswegen, weil das „große Ziel“ erreicht wäre, beileibe nicht. Sondern einfach deshalb, weil dies eben eine gute Eigenschaft sei. In Wirklichkeit ist die ganze Geschichte die, daß das französische Kapital die Aufgabe des „passiven Widerstandes“ fordert, und erklärt, daß es gewillt ist, solange zu warten, bis man sich endlich dazu bequemen wird. Es kann warten. Die Gewerkschaften bekommen in Scharen die Eisenbahnzüge, um überrechtzeitig die auflackernden Streiks niederzuzwingen. Es geht dies noch so schlecht und recht, man kommt überall mit „Zulagen“. Aber die Geschichte hält nicht mehr vor. Denn man drückt den Wert der Papiergeldzettel durch die dadurch immer aus neue notwendige Vermehrung von weiteren Billionen immer stärker herab. Wenn dies ein Ausweg wäre, so wäre es schon das Beste, daß jeder sich seine Zettel selbst machen, so gut und so schlecht er eben kann, und alles andere an den Nagel hänge. So ungefähr müßte sich diejenigen das vorstellen — wenn sie ihren Kohl selbst glauben würden — die da behaupten, daß die einzige Möglichkeit, aus dem Chaos herauszukommen die ist: Mehr Lohn! Nach einiger Zeit so weiter, dann wird es in Deutschland bald mehr 50 000-Marknoten geben, wie Brote, die jedoch auch dann weniger werden, wenn an die Noten immer die nötigen Nullen angehängt werden. Und gegen diese brutalen Tatsachen hilft natürlich auch kein „passiver Widerstand“. Schlau werden natürlich die Proleten erst wieder werden, wenn sie richtig in der Tinte drin sitzen, und sehen, daß ihre Genossen, die sie nach dem Friedhof getragen haben und noch tragen werden, nur eine Leiter darstellen, auf der ihre Bonzen sich auf den Thron der Republik schwingen wollen. Und ehe sie sich besinnen, ist alles schon fix und fertig. Der „Verständigungsfrieden“ ist da. Ein neuer „Sieg“ ist wieder errungen. Nach dem „Sieg“ wird wieder die „Ordnung hergestellt“. Das deutsche Kapital ist unterdessen handelsins geworden. Vielleicht gibt es auch noch eine „Arbeiterregierung“.

Wie gesagt: Polnisch kann warten, bis die deutschen Proleten wieder einmal auf der Nase liegen, und für ihre Republik vor Hunger umfallen. Denn mit solchen Proleten kann nachher — so spekulieren die Gewerkschaften — leichter tabulara gemacht werden, die denken vor lauter Arbeiterregierung und Republik doch nicht an Revolution. Deutsche Proletarier! Seid ihr denn blind, zum Himmelsakrament!

Im Ruhrgebiet wird immer feste drauf los geprengt. Brücken, Kanäle, Verkehrseinrichtungen usw. Das ist natürlich niemand gewesen! In der gesamten Presse, auch der sogenannten „Arbeiter-

presse“ werden diese Meldungen alle ohne Kommentar gebracht. Bei der scharfen Kontrolle, die die Franzosen ausüben, ist nicht anzunehmen, daß sich einzelne Personen ein Vergnügen daraus machen. Es steckt da eine ganz vorzügliche Organisation dahinter, und die Ausführung ist nicht die von Lafen. Die deutsche Regierung schürt durch ihre nationalstische Hetze die Stimmung dazu, und läßt natürlich hübsch darauf losprengen. Der famose Reichstag hat sich über alles mögliche unterhalten. Auch darüber, daß ein gewisser Schlageter erschossen worden ist, der sich in der Niederschlagung von Proletariern in Mittelddeutschland, Baltikum, Ruhrgebiet usw. rühmlich hervorgetan hat, und hinter den die deutsche Staatsanwaltschaft sogar einen Steckbrief ließ. Darauf wurden wieder zwei Franzosen, und hinterher von den Franzosen weitere drei Deutsche erschossen. Wie WTB. meldet, ist darauf wieder eine große Eisenbahnbrücke bei Linen gesprengt worden. Antwort: Belagerungszustand. — Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß angesichts des völligen Bankrotts der „Durchhaltspolitik“ die Geschichte im Hexenkessel an der Ruhr zur nationalstischen Siedehitze gesteigert und durch ein riesiges Blutbad liquidiert werden soll. Natürlich wird dieses Spiel mit Proletarierleben von allen „Arbeiterorganisationen“ gutgeheißen und unterstützt. Und man braucht nur die Worte in der Roten Fahne vom 27. 5. lesen, um die ganze Schurkerei dieser Partei zu begreifen, indem sie schreibt:

Entweder läßt die Regierung die Mordhetze gegen die KPD. oder wir werden das Schweigen brechen!

Die Regierung hat die Hetze gelassen, und die KPD. schwelgt weiter! Um so lauter schreit sie nach Kontrollausschüssen und Hundstschaffen, um das deutsche Kapital bei seinen Machinationen zu unterstützen. Und wenn das Proletariat dann, als Folge einer solchen Politik durch ein Meer von Blut und Sumpf wadet und unter den Gewehren der internationalen Konterrevolution verreckt, dann wird sie hübsch dafür sorgen, daß das Proletariat sich nicht „provizieren“ läßt. — Die Proleten in der KPD. lesen dies alles, wissen dies alles, halten dies jedoch leibnabar alles für äußerst weltrevolutionär!

In Oberschlesien ist wieder ein neuer Brandherd entstanden. Auf einer Betriebsratkonferenz hat man die „Einheitsfront“ dadurch dokumentiert, daß Amsterdam und Moskau sich gegenseitig zum Tanze aufspielten, wie die Oberbären auf Kirchweihtagen tanzen. Die Amsterdamer wurden in die Flucht geschlagen, und die Moskaner haben dann den Generalstreik ausgerufen. Derselbe sind die „Lohnschühnen“ in Berlin bewilligt worden, und die KPD. wird freudestrahlend verkünden, daß es ihr gelungen ist (wie an der Ruhr), einen politischen Kampf zu vermeiden. Die Gewerkschaften haben inzwischen den Streikbruch organisiert, und auf den Gruben kam es bereits zu Schlägereien. Viele Kumpels wissen nämlich gar nicht, wenn ein politischer Kampf doch Unsin ist, und die Lohnfrage bewilligt ist, wozu sie überhaupt streiken sollen. — Rings um den „Kampplatz“ kreisen alle möglichen Heiligen und brüllen aus Leibeskräften: Hinein in die Gewerkschaften!

Das deutsche Proletariat wird sich den Weg selbst vermannen, und über kurz oder lang den grinsenden Schakalen, die es in die Sackgasse hineingeführt haben, gegenüberstellen. So furchtbar tief sein Fall sein mag; furchtbarer noch ist seine Lage. Befreiung jedoch ist nur möglich, wenn das deutsche Proletariat endlich begreift, daß die proletarische Revolution keine Komödie ist.

Neuester Theaterdonner

Drei Wochen hat die deutsche Regierung gebraucht, um den neuesten Schläger, die verbesserte Auflage des alten Angebots der staunenden Welt zu präsentieren. Mit Orgelklang und Jubelgesang hat die deutsche Presse außer den üblichen nationalstischen Störenfried, zu denen auch die KPD. gehört, das „Memorandum“ begleitet. Man bör, man sehe, man staune, ehrliche Erfüllungspolitik. Jawohl, internationales Konsortium soll aber die deutsche Leistungsfähigkeit entscheiden. Man will selbst sogar dem Offiziersauschul die Bücher zeigen, nachdem man sie fünf Jahre lang in „Ordnung“ gebracht hat. Diese Follikelnheit macht sich außerordentlich nützlich. Sie zeigt die unbegrenzte Vertrauen in den internationalen Sachverständigen, die die deutsche Leistungsfähigkeit beurteilen sollen, über die sich die deutsche Regierung infolge der verworrenen Finanzlage selbst kein Bild machen kann. Die Betonung dieses alten Planes ist mehr als eine schöne Verbeugung vor dem Vater dieses Gedankens, dem amerikanischen Staatssekretär Hughes. Das deutsche Kapital weiß viel zu gut, daß es bei einer internationalen Basis bedeutend besser abschneiden wird als bei einer Bestimmung durch das französische und englische Konsortium oder gar durch Frankreich allein. Es würden durch die hauptsächlichsten Interessen ausgeschaltet, außerdem ist die deutsche Wirtschaft so trostlos ausgerichtet, wie man es sich nur denken kann. Das deutsche Kapital hat einen sehr erheblichen Teil seiner Substanz außer Landes gebracht und tut dies augenblicklich in verschärftem Maße. Den Rest, den man nicht verschieben kann, weil er nicht und nagelegt ist, bietet das deutsche Kapital ehlich an. Dazu gehört die unbewegliche Masse des Proletariats. Sie ist ebenso heruntergerichtet, wie der übrige Produktionsapparat. So sieht das Objekt aus.

Wir kommen jetzt auf die Leistungen zu sprechen, die das deutsche Kapital aus diesem Objekt herauszuschlagen will. Vorerst verlangt es ein Moratorium bis zum 1. Juli 1927. Bis dahin will es die deutsche Wirtschaft sanieren. Die Frage, wie dies geschehen soll, wird nicht erörtert. Dies ist eine innerpolitische Frage. Der Reichsverband der Industrie hat die Richtlinien dafür schon aufgestellt und den Weg vorgeschrieben. Genau so, wie es in der Frage des Angebots der Reichenfolge, in der die einzelnen Klassen herausgezogen werden sollen, bestimmt hat, wird er auch seine für seine Beteiligung gestellten Bedingungen durchzudrücken versuchen. Die Form des Angebotes stellt seinen vollkommenen Sieg dar. Die übrigen kapitalistischen Gruppen und die SPD. haben sich seinem Diktat gefügt und die Bedingungen, die die deutsche Schwerindustrie für ihr Verbleiben in der deutschen Wirtschaft gestellt hat, vorbehaltlos angenommen. Die kurze Formulierung lautet, wir von der Industrie dürfen erst in allerletzter Linie, nachdem das Proletariat und die übrigen kapitalistischen Gruppen ihr Letztes herangezogen haben, herausgezogen werden. Die Grundsätze liegen in der wirtschaftlichen Stellung und in der Möglichkeit, sich von der deutschen Wirtschaft retten zu können. Das industrielle Kapital ist der Grundstock der Wirtschaft. Von seinem Funktionieren hängt die gesamte Entwicklung der übrigen wirtschaftlichen Zweige ab. Die deutsche Wirtschaft handelt mit der Industrie ihre Lebensgrundlage mit der Industrie, die die Geltung der deutschen Wirtschaft auf dem Weltmarkt. Deshalb ist es auch der Schwerindustrie gegen alle Widerstände gelungen, die Sabotage der Erfüllungspolitik durchzusetzen. Wenn Absatzbedürfnis müßten immer wieder Möglichkeiten geschaffen werden. Daher fiel die Mark in bestimmten Abschnitten, die von dem Konjunkturbeifall der Industrie klettert waren. Es ist infolge dessen das Bestreben, sämtlicher kapitalistischer Gruppen, die Industrie, soweit es irgendwie möglich ist, von Belastungen zu befreien. Sie soll nach Möglichkeit leistungsfähig erhalten bleiben. Diese ihre Notwendigkeit mit der Industrie verdrängen zu. Sie verlangt von den übrigen Gruppen, daß sie die Opfer für die durch die Entwicklung geschaffene trostlose Lage der Wirtschaft auf sich nehmen, und daß sie die Hände frei lassen. Die übrigen Gruppen nicht in so starkem Maße die Möglichkeit haben, der wirtschaftlichen Katastrophe zu entweichen, so müssen sie sich wohl oder übel dem Diktat der Schwerindustrie fügen. Sie werden auch geschlossen für den Abbau der gesamten sozialen gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere des 8-Stundentages eintreten müssen. Die Gewerkschaften, welche die Erhaltung der deutschen Wirtschaft betreiben und es auch müssen, sind die Gelingen der Schwerindustrie. Sie wissen, daß eine